

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

22. Jahrgang

Berlin, den 25. März 1955

Nummer 12

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte März 1955

Der Konjunkturverlauf in den westlichen Ländern steht weiterhin unter dem Zeichen einer starken Aufwärtsbewegung, deren treibende Kräfte sich in Westeuropa nach wie vor auf eine wachsende Investitionstätigkeit konzentrieren. In den Vereinigten Staaten von Amerika spielen demgegenüber für die Überwindung des Konjunkturrückenschlages von 1953/54 vor allem steigende Konsumausgaben in Verbindung mit der Beendigung des Lagerabbaus eine führende Rolle.

Starker Aufschwung — ohne Inflation — in Westeuropa, besonders in Westdeutschland

Obwohl der langanhaltende Winter die am Jahresbeginn saisonüblichen Hemmungen der Wirtschaftstätigkeit in wichtigen Bereichen der Wirtschaft verstärkt hat, ist durch den besonderen Charakter der gegenwärtigen westeuropäischen Investitionskonjunktur, die sich in hohem Maße auf einen steigenden Bedarf an industrieller Ausrüstung stützt, der saisonale Rückschlag im ganzen erheblich schwächer als in den Vorjahren gewesen. Trotz der hierin zum Ausdruck kommenden Stärke des konjunkturellen Auftriebs hat die Erhitzung des Preisklimas nachgelassen. Auf den Binnenmärkten der konjunkturell führenden Länder Westeuropas hat sich die Gefahr eines allgemeinen Preisauftriebs verringert, und auf den internationalen Rohstoffmärkten zeigt die Preisentwicklung sogar abwärtsgerichtete Tendenz (Januar bis Mitte März: Rückgang des Moody-Index von 414 auf 398, des Reuter-Index von 506 auf 498).

Die bisher erfolgreiche Abschirmung der Preisentwicklung auf den westeuropäischen Binnenmärkten gegenüber den zweifellos starken Versuchungen, die gegen Ende des vergangenen Jahres an die Anbieter durch die Annäherung an die Konstellation eines Verkäufermarktes in einigen Bereichen der Wirtschaft herangetragen wurden, ist durch eine Reihe von Faktoren ermöglicht worden, die zu einem Teil vom Markt selbst her wirksam geworden sind oder aber in den weniger günstig gelagerten Fällen mit Hilfe restriktiver Maßnahmen erzwungen wurden. We-

sentlich für die gegenwärtige konjunkturelle Situation und auch für die zukünftige allgemeine Preisentwicklung ist hierbei, daß in jenen Ländern, die schon bisher mit relativ bescheidenen Preisreaktionen einen Ausgleich zwischen dem Angebot und der stark steigenden Nachfrage erzielen konnten, auch in Zukunft die von der Erweiterung des Angebots ausgehenden preisdämpfenden Kräfte eher zu- als abnehmen werden. Dies gilt im Falle Westdeutschlands bereits heute für die Eisen- und Stahlerzeugung, deren in den letzten Monaten gewachsene und weiter wachsende Kapazität nicht nur die gegenwärtige Fortschrittsrate des westdeutschen Sozialproduktes ausfüllen konnte, sondern diese (hohe) Fortschrittsrate geradezu erfordert. Auch bei der Kohle, die gegenwärtig im Zusammenhang mit den mit Sicherheit zu erwartenden Lohnerhöhungen im Steinkohlenbergbau im Mittelpunkt der Preisdiskussion steht, sind die geforderten Preiserhöhungen nicht die zwangsläufige Folge einer ungenügenden, dem tatsächlichen Bedarf nicht entsprechenden Förderung. Die Forderungen nach Preiserhöhungen resultieren auch hier vielmehr aus dem Wunsch, die seit der Währungsreform immer ungünstige Preis-Kostenrelation des Steinkohlenbergbaus heute unter den Bedingungen einer relativ starken Angebotsposition zu verbessern. Auch wenn die Auswirkungen einer Preiserhöhung für Kohle auf die allgemeine Preisentwicklung keineswegs unterschätzt werden dürfen, so besteht andererseits jedoch auch kein Anlaß zur Dramatisierung in der Richtung, daß von einer Kohlenpreiserhöhung ein allgemeiner inflatorischer Preisauftrieb ausgehen müßte. Denn einmal steht die Kohle heute unter der scharfen Konkurrenz zunehmender Substitutionsmöglichkeiten, zum anderen ist die Ertrags-Kostensituation der von der Kohle abhängigen Erzeugung allgemein derart, daß der Weg der vollen Überwälzung der gestiegenen Kosten auf die Preise nicht beschränkt werden dürfte. Die Differenzierung einer u. U. unvermeidbaren Preiserhöhung der Kohle im Hinblick auf die Endverbraucher würde das Problem jedenfalls insoweit erleichtern, als die — ohnehin geringe, aber doch nicht ganz zu vernach-

lässigende — Gefahr des Anlaufens der Lohn-Preis-Spirale dadurch wesentlich verringert würde.

Angespannte Außenwirtschaftslage in einigen Ländern, besonders in Großbritannien

Während in Westdeutschland der Gefahrenpunkt, an dem eine verstärkte innere Expansion zu einem allgemeinen und nur mit drastischen restriktiven Mitteln zu dämpfenden Preisauftrieb hätte führen können, nicht erreicht würde und das gegenwärtige Problem der noch vorhandenen Preisauftriebstendenzen sich auf den Sonderfall der u. U. zu erwartenden Preissteigerung des Grundstoffes Kohle konzentriert, sind in anderen konjunkturell führenden Ländern Westeuropas, so in Großbritannien und auch in den nordischen Ländern, die Probleme einer zu starken d. h. mit den Erfordernissen des äußeren Gleichgewichts nicht mehr zu vereinbarenden inneren Expansion durchaus akut geworden. Aber auch in diesen Ländern ist es keineswegs zu allgemeinen inflatorischen Preissteigerungen gekommen; in Großbritannien zum Beispiel zeigt jedoch die jüngste Entwicklung der Außenbilanz Spannungen, die vor allem wegen der rasch steigenden Einfuhr zu gewissen Störungen des äußeren Gleichgewichts geführt haben. Nur eine sehr oberflächliche Betrachtung kann aber die gegenwärtig angespannte außenwirtschaftliche Situation Großbritanniens allein aus der zu starken inneren Expansion erklären, und damit auch gleichzeitig die Lösung des Zahlungsbilanzproblems lediglich in einer drastischen Begrenzung dieser inneren Expansion erblicken.

Tatsächlich sind es zwei „strukturelle“ Entwicklungstendenzen gewesen, die mit der jetzt in Erscheinung tretenden inneren Expansion an sich nichts zu tun haben, deren Zusammentreffen mit diesem starken inneren Fortschritt der britischen Wirtschaft jedoch die erneute Gefährdung des äußeren Gleichgewichtes in Großbritannien ausgelöst haben:

Der eine Komplex umfaßt jene für die britische Nachkriegsentwicklung geradezu typische Erscheinung, daß Großbritannien immer wieder und meist vergeblich versucht, einerseits sein äußeres Gleichgewicht durch Reduzierung seiner äußeren Schuldenlast und durch Ansammlung von Gold- und Dollarreserven zu stabilisieren, andererseits aber gleichzeitig — oder, wie im jetzigen Fall, im Anschluß an diese äußere Stabilisierung — in eine mit derartigen Stabilisierungsversuchen nicht zu vereinbarende innere Expansion gerät. Der Versuch der äußeren Stabilisierung, vor allem die Ansammlung von Gold und Dollardevisen, ging in Großbritannien bisher immer auf Kosten einer ausreichenden Bevorratung mit ausländischen Roh- und Hilfsstoffen. Jeder verstärkte binnenwirtschaftliche Fortschritt traf daher — also auch diesmal — auf eine ungenügende Bevorratung, die in keinem Fall bisher ausgereicht hat, auch nur vorübergehende kurzfristige Übersteigerungen der britischen Binnenkonjunktur als Puffer zunächst aufzufangen, und die demnach sofort durch steigende Einfuhr ergänzt werden mußte. Dieses Zusammentreffen starker binnenwirtschaftlicher Auftriebskräfte mit einer durch die vorangegangene Stabilisierung des äußeren Gleichgewichts am

Tiefpunkt befindlichen Lagerwelle läßt naturgemäß auch die monetär-restriktiven Maßnahmen in einem problematischen Licht erscheinen. Denn der von der Kreditverteuerung ausgehende und beabsichtigte Druck zum Lagerabbau stößt hier auf leere oder jedenfalls nur ungenügend gefüllte Lager.

Die unlängst von der britischen Regierung getroffenen drastischen Restriktionsmaßnahmen berühren daher auch stark jenen zweiten Komplex, der im Zusammenhang mit der Einführung des sogenannten Transferpfundes ebenfalls zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten der Außenwirtschaft Großbritanniens beigetragen hat. Durch das abnorm hohe Zinsgefälle, das durch die jüngste Diskontheraufsetzung Großbritanniens gegenüber den Geldmärkten der übrigen Welt geschaffen wurde, sowie durch Gold- und Devisenabgaben Großbritanniens ist der Kurs des Transferpfundes vorerst wieder so weit an die Dollarparität herangeführt worden, daß die für die britische Wirtschaft in den vergangenen Monaten so abträglichen Dreiecksgeschäfte mit Hilfe des billigen Transferpfundes zunächst einmal weitgehend unrentabel geworden sind.

Diese Angleichung an die Dollarparität ist jedoch auf die Dauer kostspielig, denn die durch das anomale Zinsgefälle wieder dem britischen Geldmarkt zugeführten Auslandsgelder stellen keine echte und dauerhafte Bereicherung der britischen Devisenreserven dar, und die Dollar- und Goldinterventionen Großbritanniens können erste recht nicht längerfristig durchgeführt werden. Wenn also die Wirksamkeit der bisher getroffenen Restriktionsmaßnahmen nicht dadurch erreicht werden soll, daß der Fortschritt der britischen Wirtschaft stärker als erwünscht und an sich notwendig gebremst wird, dann wird der Erfolg, d. h. der baldmögliche Abbau der bisherigen Restriktionen, in erster Linie davon abhängen, ob die von außen, und zwar vor allem von der amerikanischen Wirtschaft ausgehenden Belegungskräfte in Gestalt eines steigenden Einfuhrbedarfs der amerikanischen Wirtschaft einschließlich des gesamten Dollarraums groß genug sein werden, um in Großbritannien wie auch im gesamten Sterlinggebiet (das ebenfalls infolge steigenden Bedarfs an Dollargütern bei nachlassender Ausfuhr in den Dollarraum unter Störungen seiner Dollarbilanz leidet), eine Entlastung der Zahlungsbilanzanspannung herbeizuführen.

Keine Konjunkturautonomie Westeuropas von den Vereinigten Staaten

Die in letzter Zeit immer wieder zu findende Meinung von einer in den letzten Jahren erungenen Autonomie der westeuropäischen Wirtschaft gegenüber dem jeweiligen Konjunkturverlauf der amerikanischen Wirtschaft läßt sich am Beispiel Großbritanniens und des gesamten Sterlingraums jedenfalls nicht begründen. Auch der starke Fortschritt der westeuropäischen Wirtschaft seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres fand bei einem stark wachsenden kommerziellen Dollardefizit statt, das lediglich deshalb in der westeuropäischen Dollarbilanz nicht in Erscheinung trat, weil die amerikanischen Hilfeleistungen und militärischen Sonderausgaben beibehalten und außerdem die private amerikanische Kapitalausfuhr nach der übrigen Welt (vor allem in die südamerikanischen Län-

der) erheblich gesteigert wurde. Nur dies erklärt die Tatsache der sogar wachsenden Gold- und Dollarbestände Westeuropas. Ohne diese Sonderfaktoren hätte die westeuropäische Wirtschaft sofort und nachhaltig die negativen Auswirkungen der amerikanischen Konjunkturabschwächung zu spüren bekommen.

Die in den letzten Wochen und Monaten in den Vereinigten Staaten wieder wirksam gewordenen konjunkturellen Auftriebskräfte lassen ein Urteil darüber, ob die westeuropäische Konjunktur-entwicklung in nächster Zukunft wieder ihren Rückhalt und ihre außenwirtschaftliche Stütze vornehmlich im kommerziellen Bedarf der ame-

rikanischen Wirtschaft und weniger in den Hilfeleistungen und Sonderausgaben der amerikanischen Regierung finden werden, noch nicht zu. Stütze des gegenwärtigen Konjunkturverlaufs in den Vereinigten Staaten ist nach wie vor der private Verbrauch, der schon während der konjunkturellen Abschwächung durch sein stabiles Verhalten wesentlich zur Begrenzung der „recession“ beigetragen hatte. Inzwischen hat der Verbrauch in ganzer Breite weiter zugenommen und hierbei sowohl die Güter des starren als auch des elastischen Bedarfs erfaßt. Da jedoch die wirtschaftliche Belebung weitgehend von Sonderfaktoren getragen wird, ist ihre Kontinuität noch keinesfalls gesichert.

Der „Volkswirtschaftsplan 1954“ in der sowjetischen Besatzungszone

— Ziele und ihre Verwirklichung —

Später als in den Vorjahren hat die Staatliche Plankommission der SBZ den Bericht über das abgelaufene Wirtschaftsjahr vorgelegt. Sie spricht generell von einer Erfüllung des Planes, obwohl aus dem Vergleich der Plan- und Ist-Werte hervorgeht, daß der Plan nur in Einzelpositionen realisiert werden konnte. Der Bericht läßt die Schwierigkeiten erkennen, die aus den Widersprüchen zwischen den Versprechungen des „neuen Kurses“ und der Notwendigkeit, nach wie vor der Schwerindustrie den Vorrang zu geben, entstanden sind.

Volkseigene und private Industrie

Nach amtlicher sowjetzonaler Angabe betrug der Wert der industriellen Bruttoproduktion im Jahre 1953 37 355,9 Mill. DM¹⁾. Er sollte im Jahre 1954 um 12,6 vH auf 41 950,1 Mill. DM²⁾ erhöht werden. Weiterhin war vorgesehen, „außerplanmäßig“ im sogenannten Milliardenprogramm für 1000 Mill. DM Konsumgüter zusätzlich zu erzeugen. Die Gesamtsteigerung sollte demnach 15,3 vH betragen.

Die Plankommission der SBZ meldete demgegenüber als Ergebnis des Jahres 1954 eine Zuwachsrate von 10 vH³⁾. In diesem Zuwachs ist aber bereits die außerplanmäßige „zusätzliche“ Produktion von Konsumgütern in Höhe von 965 Mill. DM enthalten.

Erstaunlicherweise meldet bei dieser Sachlage die staatliche Plankommission eine Planerfüllung von 100,2 vH statt 95,4 vH, wie sie sich nach den obigen Erfolgswerten ergeben.

Industrielle Bruttoproduktion der SBZ Nach sowjetzonalen Angaben

Jahr	Industrie gesamt	Volkseigene Industrie	Genossen- schafil. Industrie	Privat- industrie
Werte in Mill. DM				
1950	23 337,0	17 642,8	466,7	5 227,5
1953	37 255,9	30 773,3	1 080,5	5 402,1
1954 ¹⁾	40 981,5	33 440,1	1 166,9	6 374,5
Anteile in vH				
1950	100	75,6	2,0	22,4
1953	100	82,6	2,9	14,5
1954 ¹⁾	100	81,6	2,9	15,5

¹⁾ Einschl. der Massenbedarfsgüterproduktion im angegebenen Wert von 965 Mill. DM.

Nach den Angaben des Berichtes hat die Privatindustrie in der SBZ im abgelaufenen Jahre ihren Anteil an der Bruttoproduktion geringfügig erhöhen können, während der Anteil der volkseigenen Industrie im gleichen Umfange absank und der Anteil der genossenschaftlichen Industrie konstant blieb.

Die Privatindustrie erzielte statt der geplanten Zuwachsrate von 16,8 vH eine solche von 18 vH, was in erster Linie auf die besondere Förderung der Konsumgütererzeugung zurückzuführen ist, die von den beweglicheren und den Konsumentenwünschen gegenüber aufgeschlosseneren Privatunternehmern besser ausgenutzt wurde als von den staatlichen Industriefunktionären, obwohl die volkseigene Industrie in der Materialversorgung unvergleichlich besser gestellt ist als die Privatindustrie. Tatsächlich war die Privatindustrie trotz ihres geringen Anteils von rd. 15 vH an der Gesamtproduktion am Zuwachs des letzten Jahres mit rd. einem Viertel beteiligt.

Infolge der im gesamten Ostblock festzustellenden und für die SBZ auf der „Theoretischen Konferenz“ im März 1955 offiziell bekannt gegebenen Rückkehr zu dem alten wirtschaftspolitischen Kurs, der Grund- und Schwerindustrie den Vorrang zu geben, wird die Privatindustrie, die in diesen Industriegruppen keine Bedeutung mehr hat, ihre Leistung aus dem Jahre 1954 schwerlich wiederholen können.

Industrielle Bruttoproduktion nach Industriegruppen und Anteil der Privatindustrie Nach sowjetzonalen Angaben

Industriegruppen	1950	1953	1950	1953
	in Mill. DM		Privat-Anteil in vH	
Grundstoffindustrie ¹⁾ . .	7 728,0	11 538,7	9,4	6,2
Metallverarbeitende Industrie ²⁾	5 685,1	10 115,1	16,5	9,0
Leichtindustrie ³⁾	6 468,5	9 147,9	41,3	28,1
Nahrungs- und Genuß- mittelindustrie	3 455,4	6 454,2	33,3	22,3

¹⁾ Energie, Bergbau, Metallurgie, Chemie, Baumaterialien.
²⁾ Maschinenbau, Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik.
³⁾ Holzbearbeitung, Textil, Konfektion, Leder, Schuhe, Rauchwaren, Zellstoff/Papier, Polygraphie.

Nach dem Bericht ist 1954 die Erzeugung von Konsumgütern um 16 vH, d. s. rd. 2,5 Mrd. DM, gestiegen, die der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie dagegen nur um knapp 6 vH, was einem Wert von rd. 1,2 Mrd. DM entspricht. Schon im Laufe des Jahres 1954 hat die Wirtschaftsverwaltung der SBZ trotz ihrer Beteuerungen, den „neuen Kurs“ beizubehalten,

¹⁾ „Statistische Praxis“, Jg. 1954, Nr. 5.

²⁾ „Neues Deutschland“ vom 17. 12. 1953, S. 3.

³⁾ „Neues Deutschland“ vom 24. 2. 1955. Auf die Problematik der Volumenberechnung in der SBZ unter Zugrundelegung von Mefwerten wurde schon wiederholt hingewiesen. Die Zuwachsraten sind daher mit den Zahlenangaben für Westdeutschland nicht vergleichbar.

offenbar die Produktionsmittelindustrie in der Versorgung mit Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen bevorzugt. Die Betriebe der Ministerien für Schwerindustrie und Maschinenbau erfüllten den Jahresplan — auch hier vermutlich nur bei Einbeziehung der zusätzlichen Konsumgütererzeugung — mit 101 bzw. 102 vH, während ihn die Betriebe der Ministerien für Leicht- und Lebensmittelindustrie nicht ganz realisierten.

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten im sowjetischen Besatzungsgebiet ist für Anfang 1954 mit 6,1 Mill. angegeben worden⁴⁾. Davon waren knapp 25 vH in der volkseigenen Industrie beschäftigt.

Die Beschäftigten in der volkseigenen Industrie der SBZ

Jahr	Bestand	Jahreszuwachs	Zuwachsrate in vH
1952	1 413 990	.	.
1953	1 512 970	98 980	7
1954	1 591 640	78 670	5,2

Da die Zahl der „Produktionsarbeiter“ nur um 4,5 vH gestiegen ist, muß die Zahl der übrigen Beschäftigten entgegen den Plandirektiven demnach stärker zugenommen haben. Die Arbeitsproduktivität der Produktionsarbeiter hat gegenüber dem Vorjahr statt um 6,8 vH nur um 4,1 vH⁵⁾ zugenommen, womit der Planansatz nur zu 97,5 vH erreicht wurde. Die Zuwachsrate beim Durchschnittslohn betrug dagegen statt der geplanten 5 vH im gleichen Zeitraum 9,2 vH. Die Divergenz zwischen Lohn und Effektivleistung ist nach wie vor ein ungelöstes Problem der sowjetzonalen Wirtschaft. Während die Materialkosten den Planansatz um 2,7 vH überschritten, senkte die zentralgeleitete volkseigene Industrie die Selbstkosten nicht um 3,9 vH wie geplant, sondern nur um 1,5 vH. Damit sind die Voraussetzungen für die im Plan 1954 vorgesehene Steigerung der Staatshaushaltseinnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft und die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung nicht geschaffen worden.

Landwirtschaft

Trotz angeblich besserer Düngemittelversorgung und Anwendung ertragsteigernder Saat- und Pflanzverfahren hat die pflanzliche Erzeugung nur bei den Hackfrüchten die geplanten Zuwachsraten übertroffen. Die Getreideernte ist erheblich schlechter ausgefallen. Neben der für das Ausreifen und die Bergung des Getreides besonders ungünstigen Witterung liegt der Grund auch in der nach wie vor unzureichenden Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeit und im Arbeitskräftemangel. Hieraus resultieren Bestrebungen, heruntergewirtschaftetes Ackerland aufzuforsten oder als Ödland zu erklären⁶⁾. Stieg die Zahl der Traktoren von 1952 zu 1953 noch um 25 vH, so betrug die Zuwachsrate 1954 nur noch etwa 14 vH. Die Planung der agrotechnischen Arbeiten hat versagt. Der Plan der Feldarbeiten ist von den MTS nur zu 91 vH realisiert worden.

Der Zuckergehalt der 1954 geernteten Zuckerrüben war so gering, daß trotz der gegenüber 1953 höheren Gesamterträge ernsthafte Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Weißzucker entstanden sind. Um den Exportplan nicht zu gefährden, wurde Mitte Februar

⁴⁾ „250 Fragen — 250 Antworten“, Ost-Berlin, 1954, S. 9.

⁵⁾ „Neues Deutschland“ vom 24. 2. 1955.

⁶⁾ „Die Wirtschaft“, Nr. 5/1955, S. 7.

Zuwachsraten und

Planerfüllung in der Landwirtschaft der SBZ

Nach sowjetzonalen Angaben; in vH

Erzeugnisse	Zuwachsrate 1954		Planerfüllung 1954
	Soll	Ist	
Pflanzliche Erzeugung			
Getreide und Hülsenfrüchte	6,7	— 2	91,8
Ölfrüchte und Faserpflanzen	30,6	.	.
Feldfutterpflanzen	11,4	7	96
Zuckerrüben	13,1	19	105,2
Kartoffeln	11,7	20	107,4
Futterhackfrüchte	17,8	39	117,9
Tierische Erzeugung			
Schlachtvieh	7,8	¹⁾ 3,5	¹⁾ 96
Milch	17,5	10	93,6

¹⁾ Nach sowjetzonalen Angaben geschätzt.

1955 eine fast völlige Einstellung des freien Zuckerverkaufs an die Bevölkerung der SBZ verfügt.

„In der gesamten Landwirtschaft ist die vorgesehene Erhöhung der Viehbestände nicht ganz erreicht worden“⁷⁾. Der Bestand an Rindvieh insgesamt und an Milchkühen ist gegenüber dem Vorjahr annähernd gleich geblieben. Weder das geplante Aufkommen an Schlachtvieh noch der Absatzplan für Nutz- und Zuchtvieh wurden realisiert.

Außenhandel und Interzonenhandel

Die mangelhaften Leistungen der Exportgüterindustrien — so erfüllten die dem Ministerium für Maschinenbau unterstehenden Betriebe die Aufgaben des Exportprogramms nur zu 94 vH — verhinderten die geplante Steigerung des Außenhandelsvolumens. Die erreichte Zuwachsrate wird mit 23 vH angegeben, während 30—33 vH Zuwachs vorgesehen waren. Der Wegfall der offiziellen Reparationen hat demnach schwächere Impulse auf den Außenhandel der SBZ ausgeübt als angenommen wurde. Am Zuwachs war der Export mit 33 vH, der Import nur mit 12 vH beteiligt. Der höhere Exportanteil resultiert aus dem Zwang, die aus 1953 übernommenen Exportrückstände aufzuholen.

Das Außenhandelsvolumen der SBZ

1950 = 100

Nach sowjetzonalen Angaben

	1950	1951	1952	1953	1954	
					Soll	Ist
Ost-Außenhandel	100	158,9	179,2	239,4	314,2	275
West- „ „	100	99,1	117,7	138,8	194,0	183,2
Außenhandel insges.	100	138,1	157,8	204,4	271,7	251,4

Unter Umständen sind hierin auch umgewandelte Reparationen enthalten. 75 vH des Gesamtumsatzes entfielen 1954 auf die Länder des Ostblocks. Der Handel mit dem freien Westen stieg im Jahre 1954 um 32 vH. Daran sollen die unterentwickelten Länder mit einem Zuwachs von über 50 vH beteiligt gewesen sein. Die SBZ hat also bei ihnen mit den auf dem traditionellen westlichen Markt nicht absetzbaren Qualitäten stärker als bisher Fuß fassen können. Der Handel mit den Ostblockländern nahm nur um 14,8 vH zu. Der Interzonenhandel der SBZ stieg von 1953 zu 1954 um 58 vH und erreichte damit den bisherigen Nachkriegshöchststand des Jahres 1950.

⁷⁾ „Neues Deutschland“ vom 24. 2. 1955.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.

Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grüng.

Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N63, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
 Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—